

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich nachmittags um 4 Uhr gegen 20 Pfennig monatlich 20 Pfennig für den Abnehmer. Die Abnehmer zahlen vierteljährlich 60 Pfennig, halbjährlich 1,20 Mark, jährlich 2,40 Mark. Die Abnehmer zahlen vierteljährlich 60 Pfennig, halbjährlich 1,20 Mark, jährlich 2,40 Mark. Die Abnehmer zahlen vierteljährlich 60 Pfennig, halbjährlich 1,20 Mark, jährlich 2,40 Mark.



Verlags- und Druckerei: Wilsdruff, Dresden. Telefon: 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Druck: Wilsdruff, Dresden.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und des Finanzamts Rossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 271 — 97. Jahrgang Drahtschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 21. November 1938

Die Judenemanzipation

Das kapitalistische, ausbeuterische Judentum — Der Dolchstoß im Weltkrieg die Schuld der Juden
Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, während der preussischen Reform, hatte ein dramatisches Ringen zwischen den staatsreuernden Mächten und den aufsteigenden kapitalistischen Mächten begonnen. Wir müssen uns das gerade heute einmal klar vor Augen führen, um zu erkennen, warum der Kampf gegen das Judentum unerbittlich bis zum Ende durchgeführt werden muß. Der Gegenstand des Kampfes war damals schon vor allem der Bauer gewesen, den ein Staatsmann wie Stein an die Scholle binden wollte, während ihn das vorwiegend jüdisch-liberalistische Kapital als Objekt der Güter speculation betrachtete. Von Anfang an waren die gerissensten und bedenkenlosesten Ausbeuter des deutschen Bauernums die Juden gewesen.

Damals schon schrieb ein Mann wie der preussische General Narwitz: „Die Juden — (wenn sie wirklich ihrem Glauben treu sind, die notwendigen Feinde eines jeden bestehenden Staates; wenn sie ihrem Glauben nicht treu sind, Geheuer) — haben die Masse des Geldes in Händen. Sobald also das Grundeigentum so in seinem Werte gesunken sein wird, daß es für sie mit Vorteil zu requirieren ist, wird es sogleich in ihre Hände übergehen. Sie werden als Grundbesitzer die Hauptrepräsentanten des Staates und unser altbewährtes Brandenburg-Preußen ein neumodischer Judenstaat, das wahre Jerusalem werden.“ Von allen Seiten kam es ähnlich über das kapitalistische und ausbeuterische Judentum.

Es war von verheerenden Folgen, daß in dieser Zeit das folgenschwere Ereignis der Judenemanzipation eintrat und liberal gesinnte Regierungen den auflösenden und zerschendenden Juden den Weg freigaben. Die Juden kamen aus dem Orient, dem bis dahin vorsorglich abgesonderten Wohngebiet der Juden. Seit Jahrhunderten hatten sie dort den Haß, der ihnen im Blut lag, gepflegt. Nun öffnete die Unvernunft liberalistischer Staatspolitik die Schenken. In Hunderten von Kanälen verteilte sich dieser Haß überallhin als ein wirksames „Herment der Detonationskraft“. Wohin sie dringen — und überall bringen sie hin — werden die Juden die stillen Meister der Zersetzung. Sie bringen es fertig, sich als unscheinbare Wiederwärtler in das Gefüge der alten, gesunden Gesellschaft zu nisten. Als Herren des Kapitals treiben sie das Geldwesen, die unheimliche Macht der Aktie und der Börsenspekulation, zu phantastischen Verheerungen vor. Sie bringen selbst in führende Stellungen der damals staatsbehaltenden konservativen Organisationen ein. Vor allem aber werden sie die „Führer“ deutscher Arbeiter, die sie ausbeuten und mit ihren verlogenen Parolen zum Sturmbock gegen den Staat und die Ordnung machen.

Überall wurden die furchtbaren Folgen der jüdischen Zersetzung bemerkbar, die dann zu dem furchtbaren Verbrechen des Dolchstoßes in den Rücken des kämpfenden deutschen Heeres während des Weltkrieges führte. Wir wollen uns heute nichts vormachen: Die Niederlage von 1918 mit allen ihren furchtbaren Folgen ist die Schuld des Judentums, ganz gleich, ob es sich „führend“ in der Arbeiterschaft, im Kapitalismus, in der Presse oder sonstige betätigte. Nie dürfen wir diese Schuld des Judentums vergessen, und Mitleid mit den Juden ist deshalb auf keinen Fall am Platze, Mitleid mit dem Judentum, das das schlimmste Elend durch seine verbrecherische Betätigung im Weltkrieg nach 1918 über das deutsche Volk gebracht hat.

Juden dürfen keine Uniform tragen

Ein Erlass des Führers.
Der Führer und Reichskanzler hat in einem Erlass Juden, die der alten oder der neuen Wehrmacht, der österreichisch-ungarischen Wehrmacht oder dem österreichischen Bundesheer angehört und das Recht zum Tragen einer Uniform erhalten haben, dieses Recht entzogen.

Kreis der Judenfeinde wird größer

Ein kennzeichnender Wunsch des Großrabbiners von Paris
Wenn man die neuesten Nachrichten aus aller Welt zur Kenntnis nimmt, so wird der Kreis der Völker immer größer, die nichts von den Juden wissen wollen. Daher werden auch die Erklärungen des Großrabbiners von Paris nur ein frommer Wunsch bleiben: „Ich kann den Wunsch ausdrücken, daß die neue Welle von Judenverfolgungen in der Welt zu einer großen Solidaritätsbewegung (?) zugunsten der unschuldigen Opfer führen muß.“

Ungarische Maßnahmen gegen die Juden

Zu den Plänen über die Neuordnung des Judengesetzes erfährt die ungarische Zeitung „Magyar Hírlap“, es sei beabsichtigt, im öffentlichen Leben das Verhältnis

Bekanntnis zum Großdeutschen Reich!

Dr. Goebbels eröffnete Wahlkampf im Sudetengau

In der Messehalle von Reichenberg, dem sudetendeutschen Sportpalast, eröffnete Reichsminister Dr. Goebbels den Wahlkampf im Sudetengau.
Nach dem Abschreiten der Front der Ehrenformationen der Bewegung betrat der Reichspropagandaleiter mit Konrad Henlein die große Mittelhalle. Richtig brandete an den Wänden das Rufen der Menschen. Seit unserem Doktor, hörte man im Chor aus diesem Orkan immer wieder heraus, und es dauerte Minuten, bis der Gaupropagandaleiter zur Eröffnung der Kundgebung das Wort ergreifen konnte.

Eröffnungsansprache Henleins

Dann sprach Konrad Henlein. Zu Beginn seiner Ausführungen erinnerte der Gauleiter an die Gemeindevahlen vor einem halben Jahre die Wertschätzung unter dem Druck der Sozialdemokraten. „Ich habe damals die große Verantwortung für die Zukunft der Sudetenländer auf mich genommen“, so erklärte der Gauleiter, „dabei damals mitgeholfen, den Plan des Herrn Henlein zu machen.“
Nach dem Willen des Führers haben wir, so fuhr Henlein unter anderem fort, nunmehr die Männer unseres Vertrauens in den Deutschen Reichstag zu entsenden, um damit auch nach außen hin in lehrer und gültiger Form zum Ausdruck zu bringen, daß unsere Heimat und ihre Menschen nach eigenem Willen endgültig zu einem Bestandteil Großdeutschlands geworden sind. Und so eröffne ich denn in dieser geschichtlichen Stunde den Wahlkampf für die Ergänzungswahlen in den Deutschen Reichstag im Sudetengau.
Wir, meine Volksgenossen, wollen uns der Verpflichtung, die in den nächsten Wochen auf unsere Schultern liegt, würdevoll erweisen. Jedem einzelnen von uns muß bewußt sein, daß der Ausgang dieses Wahlkampfes den Ergebnissen unserer bisherigen großen Wahlen nicht nur gleichkommen, sondern sie übersteigen muß.

Unsere Dankbarkeit dem Schicksal gegenüber ist so groß, daß wir denen nicht ziemen, die in der Vergangenheit in die Irre gegangen sind. Sie alle sollen und werden den Weg zum Nationalsozialismus finden, und keinen wollen wir daran hindern, den Weg zu uns zu suchen. Unverfänglich aber bleiben wir ihnen gegenüber, die die Verführer dieser Menschen waren.
Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß viele, die jahrelang gegen uns standen, während der letzten Wochen schend geworden sind. Gerade bei dem Wahlgang des 4. Dezember werden sie, die ehemals Verführten, Gelegenheit haben, dem Staate gegenüber, der nun auch ihnen die Arbeit wieder zum Segen machen wird, die erste loyale Handlung zu begehen. Das gleiche mag für jene Angehörigen des tschechischen Volkes gelten, die auf Grund der neuen Staatsgrenzen Bürger des Reiches geworden sind. Das Großdeutsche Reich wird aus seinem tschechischen Staatsbürger Raum zum Dasein geben, getreu dem Grundsatze, daß Volkstreuere Staatsbürgerschaft nicht ausschließt, daß dem Staate aber gegeben werden muß, was des Staates ist.

Ich erkläre mit aller Deutlichkeit: Die Wahl in den Deutschen Reichstag ist kein Plebiszit. Die Grenzen des Deutschen Reiches stehen, unabhängig von dem Ergebnis der Wahl, unerschütterlich fest. Wer uns hier nicht versteht und gegen uns handelt, hat uns zum Feind. Wir drohen nicht, aber wir warnen, und dies in aller Eindeutigkeit.

Gauleiter Konrad Henlein schloß seine oft von Beifall unterbrochene Rede mit den Worten:
„Unsere ganze Arbeit, vor allem aber unser Einsatz in diesem Wahlkampf, soll dem niemals abzuhaltenden Danke geweiht sein, zu dem wir dem Manne gegenüber verpflichtet sind, ohne den all das, was geschah, nicht denkbar wäre. Volksgenossen! Dankt dem Führer am 4. Dezember, marschiert auf vor den Wahllokalen, zeigt durch die Abgabe eurer Stimme für die Größe des Glückes, das uns widerfahren ist. Tut eurer Pflicht als Nationalsozialisten und als Bürger eines Reiches, dem anzugehören Stolz und Glück eines jeden von uns bedeuten muß.“

Nordamerikaner gegen weitere jüdische Invasion

Als Antwort auf das hysterische Geschrei der jüdischen Organisationen in den letzten Tagen gab Senator Vorab seiner Heberzeugung Ausdruck, daß jeder Versuch, die amerikanischen Einwanderungsgesetze zugunsten der Juden zu ändern, auf stärkste Opposition im Kongreß stoßen würde.
Auch Roosevelts Anweisung an das Arbeitsministerium, die Visa von 15 000 Flüchtlingen, die sich zur Zeit auf Schiffen in Amerika aufhalten, zu verlängern, wurde scharf kritisiert. Der Vorsitzende des bekannten Untersuchungsausschusses für nichtamerikanische Mischenschaften, Dies, erklärt hierzu: Roosevelts sei zu einer solchen Anordnung nicht ermächtigt. Sein Vorgehen verstoße gegen den Sinn des Gesetzes.

Nach Ceylon und Australien winken ab

Der australische Premierminister Lyons hat erklärt, daß die australische Regierung fest entschlossen sei, die Masseneinwanderung von Fremdstämmigen zu verhindern.
Ein angeblich in London gemachter Vorschlag, jüdische Emigranten massenweise in Australien anzusiedeln, komme gar nicht in Frage.
Der Gouverneur von Ceylon hat in einer Antwort an Kolonialminister MacDonald sich dahin geäußert, daß die augenblickliche Handelslage und die Arbeitslosigkeit auf Ceylon die Zulassung von Juden nicht gestatte.

Dr. Goebbels' Rede

Nach Gauleiter Konrad Henlein ergriff Reichsminister Dr. Goebbels das Wort. Er wies unter dem tosenden Beifall der Männer und Frauen des Sudetengaus darauf hin, daß mit dem Führer die gesamte deutsche Nation entschlossen war, die sudetendeutsche Frage, wenn notwendig, auch mit der Waffe zu lösen. Es galt, das einzige Recht des Verfallener Ostens, das für uns sprach, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker, nun auch in diesem Punkte für uns zur Durchführung zu bringen.
Es habe allerdings einer beispiellosen Nervenprobe bedurft, um die letzten Monate durchzuhalten. „Die schwerste Probe aber“, so erklärte Dr. Goebbels unter nicht enden wollenden Zustimmungskundgebungen, „hat als Träger der höchsten und letzten Verantwortung der Führer selbst zu bestehen gehabt. Was uns heute wie ein Wunder annimmt, das ist in Wahrheit das Ergebnis einer mit Mut, Weisheit und Tatkraft verfolgten Politik gewesen. Wir hatten unserem Volke die Kraft gegeben, die ihm die Frigidität verlieh, sich entschlossen hinter diese weisliche Politik des Führers zu stellen. Und wie sich der Führer des deutschen Volkes würdig erwiesen hat, so hat sich auch das Volk seines Führers würdig gezeigt.“

An Hand einer Fülle von Beispielen setzte Dr. Goebbels seinen Höreern auseinander, daß erst viele Voraussetzungen erfüllt werden mußten, ehe den beiden weltpolitischen Ereignissen dieses Jahres jener Ausgang gegeben werden konnte, der dem deutschen Rechtsanspruch entsprach.
Der Minister sprach unter tosendem Beifall von der Weltmachstellung, die die deutsche Nation heute wieder einnimmt. Sie habe diesen Rang erreicht, ohne die in „demokratischen“ Staaten so gezeigte Meinungslosigkeit, jene Freiheit, die in Wirklichkeit nur einer gewissen „Kollektiven“ oder finanziellen Schicht Vorrecht auf Kosten der Gesamtinteressen des Volkes gebe. Wieder erlangt das jüdische „Rein“, als Dr. Goebbels die anwesenden sudetendeutschen fragte, ob sie vielleicht unter dem demokratischen Völkervertrag das Recht der freien Meinungsäußerung gehabt hätten.

Dr. Goebbels gab dann seinen sudetendeutschen Zuhörern ein Bild des gigantischen Ausmaßes des Führers, das sich keineswegs in den außenpolitischen Erfolgen erschöpfte, sondern ebenso innenpolitische Maßnahmen von fälschlichem Wert umfaßte. Er legte dabei die Aufgaben dar, die nun die sudetendeutschen Brüder im Rahmen dieses Gesamtwerkes zu erfüllen haben werden.
Der Minister gab dem unbeschreiblichen Gefühl der Begeisterung Ausdruck, das die dreieinhalb Millionen Deutschen befeuert, die nun zu ihrem wahren Heimatvolk heimgekehrt sind. Er gab unter stürmischer Zustimmung auch den Deutschen, die weiterhin im tschechisch-slowakischen Staat leben müssen, die Versicherung, daß sie auch in Zukunft niemals vergessen und niemals verlassen sein würden.

Zweifellos würden nach der Heimkehr des Sudetengaus zunächst einmal hier und da auch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden sein. Unter Hinweis auf die schnelle Überwindung dieser Schwierigkeiten in der Ostmark betonte Dr. Goebbels, daß alle diese Probleme sehr bald gelöst sein würden.
„Wir werden nicht ruhen“, so erklärte er unter lebhaften Kundgebungen des Dankes, „bis der Lebensstandard dieses Landes auf den des Reiches heraufgehoben ist. Es wird unsere erste Aufgabe sein, auch in diesem Gebiet, wie in der Ostmark die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und durch die starke Einkünfte und die große Finanzkraft des Reiches die systematisch von der Völkervertrag zugrunde gerichtete sudetendeutsche Wirtschaft in kürzester Zeit wieder aufzubauen.“

Der Minister schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit der von minutenlangem Jubel unterstrichenen Feststellung: „Sie werden teilhaben an all dem, was im Reich schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Sie werden nicht mehr Angehörige eines ihnen fremden und entgegengesetzten Staatswesens sein: Sie sind jetzt Angehörige der großen deutschen Weltmacht!“
Die Wehrmacht, die wir unter größten Opfern und

Schließlich stellte auch ein Mitglied des Einwanderungsausschusses des Senats fest, daß selbst die Gewerkschaften gegen eine weitere Zunahme der jüdischen Einwanderung scharfsten protestieren würden.
Sogar die Gewerkschaftler Lewis und Green, die zu den selbstverständlichen Donotzählern gegen Deutschland gehören, seien der Ansicht, daß die jüdische Einwanderung nicht nur die ohnehin große Arbeitslosigkeit erhöhen, sondern vor allem die schon vorhandenen antisemitischen Bestrebungen wesentlich verstärken würde.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff